

Kamener Zeitung

KAMENER ZEITUNG 1923

Unentgeltliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einseitigen Zeilen: 200 Mark. Bei mehrseitigen Anzeigen nach Maßgabe unserer Anzeigenbedingungen. Druck und Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen, Weststraße 10, Fernsprecher 1.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.
10 000 Mk. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Ercheinung täglich.
Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. Falls man die Zeitung abbestellen will, so ist der Besteller verpflichtet, auf Verlangen oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, hat die Redaktion verantwortlich zu sein.

Nr. 1 (1. Blatt)

Dienstag, den 2. Januar 1923

51. Jahrgang.

Eine Reichskanzlerrede über das Reparationsproblem.

Am Sonntag, den 2. Januar, zur Jahresversammlung eines erhabenen Kaufmanns in Hamburg zu sprechen, doch konnte die Ausführung erst am Sonntag erfolgen. Der Präsident der Handelskammer, Senator Wittthöft, eröffnete die Rede der Reichskanzlerin und ließ den Reichskanzler willkommen. Von den Anwesenden stürmisch begrüßt, ergriff der Reichskanzler das Wort zu folgenden Ausführungen: Die neue Regierung war vom ersten Tage an bemüht, eine Lösung des Reparationsproblems zu finden, die von uns getragen und von der Gegenseite angenommen werden kann. Wir stehen vor einem Problem, das unendlich schwierig und nur lösbar ist, wenn alle Beteiligten sich entschließen, die Dinge so zu nehmen und zu sehen, wie sie sind. Die Verbindung des Gedankens der endgültigen Lösung der Reparationsfrage mit dem Gedanken der Anleihe, findet sich ebenso in den Vorschlägen an den englischen Ministerpräsidenten gelegentlich der letzten Premierministerkonferenz. Diese Vorschläge haben dazu bestimmt, der endgültigen Lösung der Reparationsfrage die Wege zu ebnen. Unser Ziel, die Leistungsfähigkeit Deutschlands festzustellen und Mittel und Wege zu finden, um diese Leistungsfähigkeit für die endgültige Lösung der Reparationsfrage nutzbar zu machen, ist in einer Fühlung mit Parteien und Kreisen des Wirtschaftslebens verfolgt worden. Das gewonnene neue Bild von den verschiedenen Seiten unserer Leistungsfähigkeit ist trüb. Die Reparationskommission hat selbst am 31. August einstimmig die Zahlungsfähigkeit Deutschlands anerkannt. Es bedarf also nicht der Unterstellung, daß Deutschland sich selbst systematisch verweigert. Wird nicht entschlossen, eine erste feste Summe auf uns zu nehmen und sind bereit, diese in Anleihen durch Vermittlung eines internationalen Finanzkonjunktions aufzubringen und soweit, wie es auf diesem Wege möglich ist, in Zins- und Tilgungszuflüssen zu bezahlen, da die deutsche Wirtschaft für die nächsten Jahre unbedeutend der Ruhe bedarf. Wir machen uns ferner anheißig, für eine weitere Reihe von Jahren durch Vermittlung des gleichen Konjunktions weitere Anleihen bis zu beträchtlichen Höhen aufzubringen, wenn das Konjunktions das für möglich hält. Eine solche Regelung der finanziellen Seite der Frage für die Wege für die Durchführung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten ebnen, die die Grundlage für ein Zusammenarbeiten der Industrien Europas und namentlich Frankreichs und Deutschlands geben. Zu einer solchen Konstellation sind die deutschen Wirtschaftskreise bereit. Die Reichsregierung weiß, daß die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands entschlossen sind, die Regierung bei der Durchführung dieses Vorschlags zu unterstützen. Im Anleihenkonjunktions wird jede vernünftige Sicherheit eingeräumt werden können. Die endgültige Lösung muß dem deutschen Volk die wirtschaftspolitische Freiheit der Gleichberechtigung wiedergeben, den Abbau der Belastung der deutschen Wände am Rhein bringen. Wir haben die drei Gegenstände, einem Vertreter der Reichsregierung Gelegenheit zu geben, der in Paris zusammengetretenen Konferenz diesen Vorschlag schriftlich vorzulegen und mündlich zu erläutern. Hoffen wir, daß diese Ansicht nicht durch Entschlüsse vereitelt wird, die in ganz Europa unabsehbare Unheil bringen würden. Die wirtschaftliche und politische Pfänderpolitik bedeutet den Tod aller wirtschaftlichen Reparationen. Der Wortlaut der Rede des Staatssekretärs Hughes lag noch nicht vollständig vor, aber so viel kann schon jetzt gesagt werden, daß die Gedanken des amerikanischen Staatsmannes sich nahe mit unserer Auffassung berühren. Deutschland ist bereit, gemeinsam mit Frankreich und den anderen am Rhein interessierten Großmächten sich gegenseitig zu trennen. Einmal aber am Rhein nicht interessierten Großmächten für ein Menschenalter freiwillig zu verpflichten, ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung keine Kriege gegeneinander zu führen. Eine solche Verpflichtung würde alle beteiligten Völker auf den Frieden einstellen und die sicherste Friedensgarantie geben. Die Bereitschaft Deutschlands habe durch Vermittlung einer dritten Macht der französischen Regierung mitgeteilt. Zu meinen Bedauern hat Frankreich dieses Anerbieten abgelehnt. Der Rede des Reichskanzlers folgte stürmischer Beifall. Darauf erhob sich der Präsident der Handelskammer Wittthöft zu einem kurzen Schlusswort. Er gab die bestimmte Erklärung ab, daß Handel, Industrie und Schifffahrt bereit sein würden, zu den allergrößten Opfern, wenn es gälte, die deutsche Wirtschaft aus dem Kessel zu befreien, in die der unglückliche Ausgang des Weltkrieges mit einem folgenschweren Erschütterungen und

Die produktiven Pfänder als Schritt zur Annexion.

Herr Dariau, der Präsident der Finanzkommission der französischen Kammer hat kürzlich auf Grund seiner Mission im Rheinland seinem Herrn und Meister Poincaré einen Bericht unterbreitet, der wertvolle Fingerzeige darüber enthält, wie Frankreich am besten das rheinische Hauptland ausbauen kann. Heute, wo uns nur noch wenige Tage von der Entscheidung trennen darüber, ob diese Pläne zur Ausführung gelangen sollen oder nicht, müssen wir uns diese Pläne noch einmal in ihrer ganzen Tragweite und Gefahr vor Augen führen. Wir zitieren hierzu am besten einen Zeitartikel, der in der englischen Zeitung „Manchester Guardian“, am 2. November 1922 erschienen ist. Es heißt darin: „Dariau, der Abgesandte Poincarés, hat einen Bericht vorgelegt, der, wenn er zur Durchführung gelangen sollte, bedeuten würde, daß wir für den zukünftigen Frieden Europas jede Hoffnung fällen lassen müssen. Es muß daran erinnert werden, daß neben der Befestigung des Rheinlandes und der Brückenköpfe für die Dauer von 15 Jahren die Militärrichten im Jahre 1921 drei weitere wichtige Städte im Ruhrgebiet besetzten, um die Annahme des Londoner Ultimatums zu erzwingen. Dieses wurde auch angenommen, aber die Städte wurden nicht geräumt und die Befestigung, die eine ungeschickte war, wurde es dadurch doppelte. Dariau wurde ausgesandt, um die wirtschaftliche und die politische Lage des Ruhrgebietes zu studieren und Vorschläge für die fernere Haltung der französischen Regierung zu machen. Sein Bericht hierüber ist eine ebenso freimütige wie brutale Darstellung einer Politik, wie sie von einem wichtigen Teile französischer Politiker und vielleicht von der französischen Regierung selbst erstrebt wird. Es ist eine Politik, die mittels roher Gewalt rein materielle Ziele zu erreichen sucht, welche die Elemente des guten Willens außer Acht läßt, ohne den wirtschaftliche und politische Beziehungen nicht andauern können; die gleichzeitige der Lebensbedingungen und Empfindungen eines geschlagenen, aber nicht dauernd ohnmächtigen Gegners gegenübersteht.“

Der Antrag Borah zurückgezogen.

(TU) Senator Borah hat seinen Antrag im amerikanischen Senat auf Einladung Europas zu einer internationalen Konferenz in den Vereinigten Staaten zurückgezogen.

Im amerikanischen Senat wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, Deutschland einen mehrjährigen Kredit von einer Milliarde Dollar zu gewähren, um Lebensmittel und Rohstoffe in Amerika unter Leitung des Staatssekretärs Mellon einzukaufen. Der Gesetzentwurf ist der Finanzkommission des Senats zur Prüfung übergeben worden. Der Kredit darf im Monat 50 Millionen Dollar und im Jahre 350 Millionen Dollar nicht überschreiten. Deutschland wird von diesem Kredit keinen Gebrauch machen können, bevor es nicht die Bedingungen, die der Gesetzentwurf für den Kredit vorsieht, angenommen hat. Der Entwurf sieht vor, daß Deutschland für den Kredit Schatzscheine gibt, die durch Industrieobligationen gedeckt werden. Die Tilgung des Kredites wird in 10 Jahren mit 5% Verzinsung erfolgen.

Der französische Reparationsplan.

(TU) Dem „Petit Parisien“ zufolge gliedert sich das französische Programm in drei Punkte: 1. die Frage einer Herabsetzung der deutschen Schuld in Verbindung mit einer entsprechenden Verringerung der deutschen Schulden, 2. die Frage des Moratoriums für Deutschland, 3. die Frage der Sicherheit und Pfänder. Zu diesen drei Punkten führt das genannte Blatt aus: Frankreich ist bereit, den Teil der deutschen Schuld, der den C-Dobligationen entspricht und 70 bis 80 Milliarden beträgt, zu freieren, wenn ein entsprechender Teil der interalliierten Schulden gestrichen wird. In der Moratoriumsfrage ist Frankreich der Ansicht, daß ein Aufschub von zwei Jahren genügen müsse, die deutschen Finanzen in Ordnung zu bringen. Für die Zeitdauer des Moratoriums würde Frankreich scharfe Kontrollmaßnahmen in Deutschland verlangen, die in Berlin vom Garantienkomitee zu überwachen wären. Die Pfänder hätten zu bestehen 1. in der Ausbeutung der Domänenwälder im besetzten Gebiet, wodurch die verlangten Renteleistungen gedeckt werden müßten, 2. in der Überwachung der Kohlenlieferungen aus dem Ruhrgebiet für Reparationszwecke, 3. in der Erhebung von Zolleinnahmen aus dem besetzten Gebiet sowie in den Zollämtern des Ruhrgebietes, wobei es sich nicht um die Schaffung einer Zollgrenze, sondern um die Erhebung der bereits bestehenden deutschen Schutzzölle handelt, 4. in der Erhebung eines Teiles der durch die deutsche Anleihe im Rhein- und Ruhrgebiet eingehenden fremden Dividenden, 5. in der Beschlagnahme der Kohlensteuern im Rhein- und Ruhrgebiet. Nach französischer Auffassung müßte Hand in Hand mit der Bewilligung des Moratoriums auch die Aufnahme einer internationalen Anleihe für Deutschland gehen, die schon während der Moratoriumsdauer möglich sein müßte. Die für diese Anleihe notwendigen Sicherheiten würden vom Garantienkomitee in Verbindung mit Vertretern der Anleihegeber kontrolliert werden.

Die produktiven Pfänder als Schritt zur Annexion.

Herr Dariau, der Präsident der Finanzkommission der französischen Kammer hat kürzlich auf Grund seiner Mission im Rheinland seinem Herrn und Meister Poincaré einen Bericht unterbreitet, der wertvolle Fingerzeige darüber enthält, wie Frankreich am besten das rheinische Hauptland ausbauen kann. Heute, wo uns nur noch wenige Tage von der Entscheidung trennen darüber, ob diese Pläne zur Ausführung gelangen sollen oder nicht, müssen wir uns diese Pläne noch einmal in ihrer ganzen Tragweite und Gefahr vor Augen führen. Wir zitieren hierzu am besten einen Zeitartikel, der in der englischen Zeitung „Manchester Guardian“, am 2. November 1922 erschienen ist. Es heißt darin: „Dariau, der Abgesandte Poincarés, hat einen Bericht vorgelegt, der, wenn er zur Durchführung gelangen sollte, bedeuten würde, daß wir für den zukünftigen Frieden Europas jede Hoffnung fällen lassen müssen. Es muß daran erinnert werden, daß neben der Befestigung des Rheinlandes und der Brückenköpfe für die Dauer von 15 Jahren die Militärrichten im Jahre 1921 drei weitere wichtige Städte im Ruhrgebiet besetzten, um die Annahme des Londoner Ultimatums zu erzwingen. Dieses wurde auch angenommen, aber die Städte wurden nicht geräumt und die Befestigung, die eine ungeschickte war, wurde es dadurch doppelte. Dariau wurde ausgesandt, um die wirtschaftliche und die politische Lage des Ruhrgebietes zu studieren und Vorschläge für die fernere Haltung der französischen Regierung zu machen. Sein Bericht hierüber ist eine ebenso freimütige wie brutale Darstellung einer Politik, wie sie von einem wichtigen Teile französischer Politiker und vielleicht von der französischen Regierung selbst erstrebt wird. Es ist eine Politik, die mittels roher Gewalt rein materielle Ziele zu erreichen sucht, welche die Elemente des guten Willens außer Acht läßt, ohne den wirtschaftliche und politische Beziehungen nicht andauern können; die gleichzeitige der Lebensbedingungen und Empfindungen eines geschlagenen, aber nicht dauernd ohnmächtigen Gegners gegenübersteht.“

Dariau beginnt mit der Darstellung des Ruhrgebietes als Hauptquartier deutschen Reichtums und erklärt dann weiter, daß der ungeschickte besetzte Teil desselben Frankreich in die Lage versetzt, das ganze Gebiet nach seinem Gutdünken in Unordnung zu bringen. „Wir bilden auf diese Weise eine ständige Bedrohung für die 10 oder 12 Herren der deutschen Industrie, die in Wirtschaftlich finanziell die Herrscher Deutschlands sind.“ Dies ist das beste Pfand, auf das Frankreich nicht verzichten darf. Kein Verprechen der Erfüllung und auch nicht die Erfüllung eines Versprechens dürfte Frankreich dazu bestimmen, auf dieses Pfand zu verzichten. Wenn das schämte sich ereignen sollte, der Zusammenbruch Deutschlands, dann würden die Ergebnisse des Ruhrgebietes einfach westwärts geleitet werden, da Frankreich sie benötigt. Ein besserer Plan aber war es, sich einen Teil des Ruhrgebietes zu sichern und aus denselben einen möglichst hohen Ertrag zu ziehen. Über aber Frankreich müßte sich die dauernde Kontrolle der Ruhrindustrie sichern und deren Arbeit im „harmonischen Einklang“ mit der lothringischen Schwerindustrie bringen. Daraus würde die Kontrolle der Ruhr unter allen Umständen notwendig, da, wie sonst beschränkt müßten, daß sich die deutsche Industrie so entwickeln würde, daß es ihr möglich werden würde, die Verpflichtungen zu erfüllen, die Deutschland übernommen hat.“ Unverkümmelt begrüßt Dariau den Tag, an dem die Militärrichten, d. h. Frankreich, in der Lage sein werden, die „ganze deutsche Produktion zu kontrollieren“. Im Rheinland selbst muß „erste Bedingung“ der französischen Politik die „verlängerte militärische Besetzung“ bleiben und für die Zukunft steht er ein „freies“ Rheinland „unter der militärischen Hut Frankreichs und Belgiens“.

Das Blatt schließt: „Der Bericht ist ein Ausdruck des Wahnsinns und der brutalen Gewalt. Wenn die Pläne Dariaus diejenigen der französischen Regierung sein sollten, dann wäre die Zukunft in der Tat schwarz. Es ist wohl kaum nötig zu betonen, daß keine britische Regierung eine Politik unterstützen darf, die so offen und abstrichlich dem europäischen Frieden und dem europäischen Wiederaufbau ins Gesicht schlägt.“

Seitdem ist diese britische Regierung nicht mehr Herr über ihre Entschlüsse. Das europäische Gleichgewicht, das durch den Krieg wieder hergestellt werden sollte durch die Vernichtung des preussischen Militarismus, ist so gründlich wie nur möglich durch die Schaffung eines noch tausendmal schmerzlicheren französischen Militarismus vernichtet worden. England wird diese Geister, die es selbst mit ruhen ließ, nicht mehr los. Heute gibt es deshalb für das deutsche Volk nur eine Parole: Emancipiert euch und holt die selbst. Nichts da! auf und trotz diesem

Vernichtungswillen eines immer noch haßerfüllten Feindes. Bis hierher und nicht weiter. Es geht um Leben und Sterben. Wirtschaftliche Vernichtung, ja, aber nicht um den Preis einer verkappten Unterdrückung, sondern nur auf der Basis einer vernünftigen, den Frieden und den Wiederaufbau Europas und der Welt sichernden Regelung der Reparationsforderungen.

Die Reichstreue der rheinischen Geistlichkeit.

Bei der Neujahrsansprache des Kölner Erzbischofs Kardinals Schulte vor dem versammelten Domkapitel ging der Bischof auf das Ergebnis der ersienenen Geistlichkeit, in diesen Tagen der Not dem Reiche die Treue zu bewahren, ein und führte aus, daß nur der vom Papst vorgezeichnete Weg möglich sei, um noch einmal zum Aufbau des Friedens zu gelangen. Es sei jedoch zweifelhaft, ob die französische Regierung allmählich zu begreifen anfange, was für ein Schrecken ohne Ende durch den Versailler Friedensvertrag über die Welt gebracht worden sei. Die nächsten Tage würden jedenfalls schicksalsschwere Entscheidungen für das Rheinland bringen. Der Erzbischof schloß seine Ansprache mit dem Gebets, daß der gesamte Klerus in unverbrüchlicher Treue zu der rheinischen Heimat stehe.

Die Bergarbeiter zum Uebereichenabkommen und zur Ruhrbesetzung.

Eine am Sonntag abgehaltene Konferenz der Bergarbeiter des Ruhrgebietes befaßte sich mit der Frage der Ueberarbeit im Bergbau. Bekanntlich ist das Arbeitsabkommen für den Ruhrbergbau für die Zeit vom 15. Dezember bis 15. Januar außer Kraft gesetzt. Nach einem Referat Dr. Bergers, das für ein weiteres Fortbestehen des Abkommens eintrat, beschloß die Konferenz, das Ueberarbeitsabkommen vom 28. Februar 1922 zu kündigen. Maßgeblich für den Beschluß war, daß die Ernährungslage der Bergarbeiter eine immer düsterer geworden sei.

Zu der Frage der Ruhrbesetzung nahm die Konferenz mit 250 gegen 4 Stimmen eine Entschlüsse an, in der gesagt wird: Die Konferenz der Bergarbeiter protestiert entschieden gegen die von der französischen Regierung angeordneten Maßnahmen, die auf eine Besetzung und wirtschaftliche Ausbeutung des Ruhrgebietes hinführen. Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes erblicken in der angestrebten Politik der produktiven Pfänder nicht das Mittel, die Beziehungen zwischen den Ländern herzustellen, wie es die Interessen der Völker erheischen. Jeder gewaltsame Eingriff der französischen Regierung muß entschieden zu einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter und damit zu einer Vertiefung der nationalen Gegensätze führen. So entschieden, die deutschen Bergarbeiter die dem Frieden und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau schädliche Politik der französischen Regierung ablehnen, so entschieden befinden sie jedoch erneut ihren festen Willen, im Rahmen des Möglichen an der Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen mitzuwirken. Dieser Wille am Wiederaufbau war es nicht zuletzt, der die Bergarbeiter veranlaßte, ungeachtet ihrer vorübergehenden Erschöpfung und Unterernährung nochmals in ein Ueberarbeitsabkommen einzuwilligen. Die Bergarbeiter des Ruhrgebietes ersuchen die Arbeiter der Länder der Entente, auf ihre Regierungen einzudringen, damit das Problem der Reparationen nicht der Anlaß werde zu neuen Schwierigkeiten, die die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen befürchten lassen. Von der deutschen Regierung fordert die Konferenz, daß sie nichts unberücksichtigt lasse, einen Ausgleich mit den Forderungen der Entente herbeizuführen. Sie fordert insbesondere, daß der deutsche Besitz mehr als bisher herangezogen wird zur Übertragung der Lasten, die sich aus den Reparationsverpflichtungen ergeben.

Geringer Rückgang der Großhandelspreise.

Die auf den 23. Dezember berechneten Großhandels- (Stichtag) Indizes des Statistischen Reichsamts ist, verglichen mit dem Vorkriegsstande von dem 1.1.1914, am 15. Dezember weiter um ein Geringes, auf das 1.1.1914, am 23. Dezember oder um 2 v. H. zurückgegangen. Entsprechend dem gleichzeitigen Rückgang der Devisenrate zeigten sich die Einfuhrindizes von dem 22.1.1914 auf das 24.1.1914 oder um 4,6 v. H. Die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren haben gleichzeitig von dem 1.1.1914 auf das 24.1.1914 oder um 1 v. H. nachgegeben. Ferner sanken die Lebensmittelpreise von dem 1.1.1914 auf das 1.1.1914 oder um 1,1 v. H. und die Industriepreise von dem 22.1.1914 auf das 24.1.1914.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 2. Jan. (Verschiedenes.) Die Zahl der Justizbeamten mit Einschluß der Notare und Referendare beträgt jetzt in Preußen 35.535. Auf die eigentlichen richterlichen Beamten mit entsprechender Vorbildung kommen ohne die 4464 Notare davon 10.861. Auf die Richter im engeren Sinne entfallen 5974, bei den Amtsgerichten 3569, den Landgerichten 1873, den Oberlandesgerichten 532. Gerednet sind dabei natürlich die Präsidenten, die Direktoren usw. Die staats- und amtsanwaltschaftlichen richterlich vorgebildeten Beamten betragen bei den Amtsgerichten 132, Landgerichten 539, den Oberlandesgerichten 45, zusammen 770. Richter gibt es im ganzen 5974, Staatsanwälte 770, Referendare 4117. Die Gesamtzahl der Beamten bei den Gerichten beträgt 10.310, bei den Landgerichten 6252, bei den Oberlandesgerichten 1392.

Das neue Jahr führte sich in Kamen in atemberaubender Weise ein. Mit Spannung wartete ein jeder auf den Glöckerschlag, der das Ende des alten und den Anfang des neuen Jahres kündete. Dann pflanzte sich der Ruf „Prost Neujahr!“ wie ein Lauffeuer weiter. In den Familien suchte einer dem anderen das „Prost Neujahr“ abzugewinnen. Vom hohen Turm erklangen die Glöckchen und sandten feierliche Grüße in die weiten Lande. An allen Enden und Ecken der Stadt schossen Mißbürger das neue Jahr an und ein nach der Art unserer Mitbürger, die bösen Geister von unserer Stadt abzuhalten bezogen zu versuchen. Der Wettergott, der im vergangenen Jahre uns viel zu oft mit seinem Raß beehrte, glaubte auch bei der Jahreswende mit Regen und Sturm dabei sein zu müssen. In den Kneipen, die ausnahmsweise bis 1 Uhr offen halten durften, herrschte, immer die heutigen Verhältnisse berücksichtigend, guter Betrieb. Auf dem Marktplatz kam es zu einer Schlägerei, bei der auch das Messer eine Rolle spielte. Ein Beteiligter mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

(Hilfe bei Sterbefällen.) Die Not der von Sterbefällen Betroffenen ist in 99 von 100 Fällen äußerst groß. Die Angehörigen wissen nicht, wo sie die unerschwinglichen Gelder für den Sarg, von den anderen Unkosten ganz abgesehen, hernehmen sollen. Die Not hat nun viele Vereine dazu bewogen, besondere Sterbefälle zu gründen oder durch Umlage die Beerdigungskosten bei den Mitgliedern zu erheben und den Betrag dem Betroffenen auszuhandeln. So zahlen die Mitglieder des Lehrer-Verbandes für den Kreis Hamm in eine besondere Sterbefälle vorläufig 600 Mark jährlich als Sterbe-Unterstützung, auch die Lehrerinnen werden aufgenommen. Die Knappschaftsbeamten-Vereinigung erhebt die Sterbe-Unterstützung durch Umlage, und auch der Krieger- und Landwehr-Verein Kamen hat auf der Tagesordnung der nächsten Versammlung die Unterstützung der Mitglieder in Sterbefällen stehen. Es ist an eine Umlage-Vereinbarung mit freiwilliger Teilnahme gedacht. Wir kommen noch näher darauf zurück. Die Krankenkasse Kamen und die Knappschaft erhöht die Sterbegelder bis zu 54.000 Mark. Die Not ist groß, viele können aber nicht Vereinen, der Knappschafts-Kasse oder Krankenkasse angehören, und für diese müßte die Stadtverwaltung sorgen. Freitag nachmittag fand eine Sitzung von Vertretern aller Stände und Schichten im Rathaus unter Vorsitz unseres Beigeordneten Herrn Siegler statt, in der die Frage der „Hilfe am Grabe“ nach allen Seiten hin beleuchtet wurde. Man erkannte klar die Schwierigkeiten einer solchen Aktion, die nur auf freiwilliger Betätigung aufgebaut werden könnte. Allgemein wurde aber der Standpunkt vertreten, daß etwas geschehen müsse. Da für eine steuerliche Erhebung der Unkosten von allen Mitgliedern die gefälligen Grundlagenten fehlen, wird erwartet, daß das Reich oder der Staat die Sterbebeihilfen nach dem Muster der Wochenbeihilfen gewährt. Nach dieser Richtung hin soll gewirkt und Abgeordnete darauf aufmerksam gemacht werden. In einer späteren Sitzung wird man nochmals die Angelegenheit beraten, da man bis dahin hofft, weitere Unterlagen bestimmen wird zu haben.

(Gelehrte Milchversorgung.) Wie uns von zukünftiger Stelle mitgeteilt wird, versuchen neuerdings gewissenlose Butterhändler, die Landwirte durch übermäßig hohe Butterpreise zu veranlassen, ihrer Milchablieferungspflicht gegenüber Molkereien und Milchhändlern nicht nachzukommen. Hierdurch wird die Milchversorgung in den Städten und Industriegegenden ernstlich gefährdet. Es gibt jetzt schon Städte, in welchen Kinder über 2 Jahre überhaupt keine Milch mehr bekommen, obgleich die Milch dort auf Karren verteilt wird. Die Behörden machen darauf aufmerksam, daß diese Butterhändler auf Grund der Verordnung gegen Preistreiber vom 8. Mai 1918 ganz empfindliche Strafen zu erwarten haben und daß daher die Polizeibehörden mit schärfsten Anweisungen versehen sind.

(Für das Altersheim.) Aus einer Vergleichsliste gingen zu Gunsten des Altersheims ein 20 Mark.

(Geschäfts-Jubiläum.) Am heutigen 2. Januar sind 25 Jahre verfloßen, als Herr August Sudhaus, Weststraße, sein Friseurgeschäft eröffnete.

Anna, 2. Jan. (Wem gehört der Tabak?) Freitag morgen wurden, wie der „Helio. Anz.“ meldet, am Bahnhof Königsborn von der Polizei zwei Leute angehalten, die je einen Koffer mit Tabak bei sich trugen. Einer der Männer trug einen geladenen Revolver bei sich. Es handelt sich um zwei Eisenbahnkassierer aus Bahnhof Dortmund. In den Koffern befanden sich insgesamt 167 Pakete Tabak, davon: 21 Pakete a 100 Gramm Marke „Schwarzer Kaiser“, 58 Pakete a 100 Gramm Marke „Weißer Kaiser“, 88 Pakete a 50 Gramm Marke „Nordstern“. Alle Pakete waren in einem Koffer verpackt. Der Gesamtwert ist auf ca. 30.000 Mark zu veranschlagen. Ueber die Herkunft des Tabaks erzählten die beiden Männer folgende Geschichte: Vor einigen Tagen trafen sie in Dortmund auf dem Kornplatz einen

Wann, der sich Friedhof nannte und aus Vennungen sein wollte. Er bot den beiden Tabak zum Preise von 120 Mark das Päckchen an, von denen er Proben bei sich hatte. Sie kauften denn auch 3 Probepäckchen. Der Mann meinte, sie könnten von dem Tabak mehr bekommen, müßten ihn sich dann aber von Vennungen holen. Da der Tabak gut war, führten die beiden denn Freitag morgen um 4 Uhr von Dortmund-Süd nach Vennungen, wo sie gegen 5 Uhr ankamen. Der Verkäufer war denn auch schon am Bahnhof. Er ging dann mit den beiden zum nächsten Haus, wo er einen Sack mit Tabak stehen hatte. Sie hätten sich dann die Koffer mit den Paketen gefüllt. Sie hätten diese aber nicht gezählt, sondern nur oberflächlich geschaut, worauf der Verkäufer 30.000 Mark für die Ware forderte. Schließlich hätten sie sich auf 20.000 Mark geeinigt und jeder 14.000 Mark bezahlt. Darauf seien sie der Bahn entlang zu Fuß bis Königsborn gegangen, um von dort mit dem Zuge nach Dortmund zurückzufahren. — Nach Lage der Sache ist anzunehmen, daß der Tabak gestohlen ist. Den Sack, in dem der Tabak war, führten die beiden Leute mit. Einige Pakete waren durchgesehen, wie auch der Sack vollständig war. Die Ermittlungen haben bereits ergeben, daß ein Mann namens Friedhof in Vennungen nicht wohnt. Da die Personellen der beiden Käufer feststanden, wurden sie entlassen, während der Tabak von der Kriminalpolizei vorläufig sichergestellt wurde. Der evtl. Eigentümer kann sich bei der hiesigen Kriminalpolizei melden.

Anna, 2. Januar. (Diebstahl.) Ein schwerer Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht zum Freitag in das Schuhgeschäft Wähle an der Bahnhofstraße ausgeführt. Der oder die Diebe gelangten durch die schmalle Gasse neben dem Hause nach Heberletern einer Mauer an die Rückseite des Hauses. Hier hatten sie leichte Arbeit, indem sie durch ein offenes Fenster in den Laden gelangen konnten. Die vor dem Fenster befindliche Rolllade hatte man unvorsichtigerweise nicht herabgelassen. Es fehlten 18 Paar Schuhe verschiedener Größe, darunter 1 Paar Damenstiefel, alles übrige Herrenschuhe, sowie 2 oder 3 Paar Gamaschen. In der Ladentafel befand sich 34.000 Mark an barem Gelde verpackt mit den Schuhen. Der gesamte Wert der gestohlenen Sachen wird mit ca. 400.000 Mark angegeben. — Diese stiegen von außen durch die Fenster in zwei nebeneinanderliegende Keller ein und entwendeten: Schinken, Speck, eingelegte Eier und etwas eingetrocknetes Gemüse im Gesamtwerte von ca. 100.000 Mark. Das Fleisch befand sich zum Teil noch im Salz. — Zwischen den Stationen Hemmerde und Wetzl wurden in der Nähe von Wetzl 400 Meter 4 mm starker Bronzedraht aus der Leitung geschnitten und gestohlen. Von den Tälern fehlt bisher jede Spur.

Wegum, 29. Dez. Auf die Grabschauer der Männer, die vor einigen Tagen den Millionenraub auf der Schachtanlage 10 der Gewerkschaft Vereinigte Konstantin der Große ausgeführt hatten, ist eine Belohnung von 458.000 Mark ausgesetzt worden.

Meddinghausen, 29. Dez. Ein schweres Unglück ereignete sich hier in der Wohnung des Eisenbahnarbeiters Degemann. Ein 13-jähriges Kind wurde durch Gasvergiftung getötet, neun andere Personen sind schwer erkrankt. Die Gasleitung war undicht.

Zeisburg, 30. Dez. Ein Bootunglück ereignete sich auf dem Rhein gegenüber Ruhrort. Der 27-jährige Matrose Artur Lehner wollte ein Mädchen an Land bringen, das Boot kenterte aber in der starken Strömung und geriet unter ein Schiff. Der Matrose ertrank, das Mädchen wurde gerettet.

(W) Düsseldorf, 29. Dez. (Mordmord.) In der Nacht zum 27. Dezember wurde auf der Bahnstraße Garmisch-Mittenwalde in der Nähe der Station Klats der Kaufmann Reinhard Baum von hier ermordet und beraubt. Der Tat verdächtig sind seine zwei Mithesgleiter, der 1902 in Kiel geb. Erich Immendaap und der 1899 in Düsseldorf geb. Julius Käpel beide in Düsseldorf wohnhaft. Geraubt wurde eine Geldtasche mit Inhalt.

(TU) Köln, 30. Dez. (Verhaftung von Smeetsanhängern.) Nach der Köln. Zeitung sind mehrere Personen, die in dem Verdacht stehen, für die landesverräterischen Bestrebungen des Herrn Smeets gearbeitet zu haben, verhaftet worden. Ihre Angelegenheit beschäftigt jetzt die Oberprokuratur in Belgien. Bereits seit einiger Zeit war es aufgefallen, daß die Smeetsgruppe im Ruhrbezirk Boden zu fassen versuchte und besonders in Oberhausen eine rege Werbetätigkeit entfaltete.

Weitere Nachrichten.

— (Verhaftungen zum Schutze der Republik.) Die „Frankfurter Nachrichten“ melden aus Mannheim: Unter der Bezeichnung, gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verstoßen zu haben, sind am vergangenen Sonntag in Mannheim mehrere junge Leute, etwa 20, verhaftet worden, die einem für sich gegründeten Turnverein bezw. einer Schießgesellschaft angehören. Das beschlagnahmte Vereinsmaterial, Schießstände und zwei Gewehre mit Munition laßen darauf schließen, daß es sich hier um eine verbotene Vereinigung handelt. Von den Verhafteten sind bereits einige wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

— (Dorten an die Reichsregierung.) Dorten hat aus Wesbaden, wie die P.B.M. melden, an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er um ihre moralische und materielle Unterstützung für seine hochverräterischen Pläne nachsucht. Er versichert in dem Schreiben erneut, daß sich seine Tätigkeit nicht gegen das Reich richtet, sondern nur die Loslösung der Rheinlande von dem feindlichen und rassistischen Preußen bezweckt, die den Reichsbehörden nach Dortens Auffassung doch nur Sympathie sein könne. Die Reichsregierung hat natürlich Dortens keine Antwort gegeben.

— Ein Zusammenstoß ereignete sich auf der Strecke Bressan-Kamen. Der Personenzug, der den Bressaner Hauptbahnhof in der Richtung Kamen verließ, fuhr kurz vor der Station Schöndorf auf einen Güterzug auf. Drei Wagen desselben wurden in Stücke zerissen,

welchere Wagen beschädigt. Die Maschine des Personenzuges entgleiste. Durch den Anprall war der Gasometer explodiert, wodurch der Personenzug des vorderen Personenzuges Feuer fing, das aber durch die Gefährdung des Gasometers sofort gelöscht werden konnte. Das Zugpersonal kam mit geringen Verletzungen davon. Auch von den Passagieren wurden etwa 10 Personen nur leicht verletzt. Tote sind nicht zu beklagen. Der Materialschaden ist sehr groß. Der Unfall ist auf falsche Weichenstellung zurückzuführen.

— Ein schrecklicher Raubakt bereitet. Der Eisenbahnwärter Karl Benz in Bielefeld wurde gefesselt auf den Eisenbahnschienen aufgefunden. Der Gefesselte blutete aus drei Kopfverwundungen. Es handelt sich zweifellos um einen Raubakt von Eisenbahndieben, welche Benz angesetzt hatte.

— Feuer an Bord. Im Hamburger Hafen brach an Bord des Dampfers „Artadia“ Feuer aus, das den ganzen Unterbaum des Vordersteckes zu erfassen drohte. Da sich unter den Schiffsgeräten auch Kisten mit komprimierter Luft befanden, bestand eine außerordentliche Explosionsgefahr. Die Feuerwehr stellte mit 7 Schlauchleitungen im Brandraum eine Wasserwand her, um die Kisten zu schützen. Hierdurch wurde es möglich, die gefährlichen Kisten in Sicherheit zu schaffen. Das Schiff hat verhältnismäßig wenig gelitten.

— Als der Raubmörder der im Grunewald ermordeten Frau Radow wurde deren Chemann ermittelt. Er gestand die Tat ein.

— Veranbarung einer Bank. Die Filiale der Commerz- und Privatbank in Bielefeld wurde am Donnerstagabend von Räubern überfallen. Sie drangen in dem Augenblick in die Räume ein, als die Beamten der Bankfiliale mit der Abrechnung beschäftigt waren. Die Beamten wurden unter Drohungen mit Revolvern zur Herausgabe des Geldes gezwungen. Nach vorliegenden Meldungen spricht man von einer Gesamtsumme von rund einer Million Bargeld.

Stinnes reist nach Siebenbürgen.

(TU) Hugo Stinnes wird, wie die „Donau Post“ erzählt, binnen kurzem von Berlin, wohin er von Budapest zurückgekehrt war, nach Siebenbürgen reisen, um dort, wie verlautet, im sogenannten Jades-Tale die Baugit-Bärg zu erschaffen. Er soll dort ein Eisenwerk, ein Stahlwerk und ein Zementwerk errichten. In Siebenbürgen sind, wie man meldet, Verhandlungen im Gange, um eine Aktiengesellschaft zu gründen, die industrielle Produkte der Stinnes'schen Fabriken, darunter auch die Produkte der Budapest-Fabrik, auf den dortigen Markt bringen soll.

Kleine Nachrichten.

Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, soll im neuen Jahr ein zweites Fernsprechnetz von Berlin nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet gelegt werden.

In Thüringen ist ein Streik der Gemeindefunktionäre ausgebrochen, der sich

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei dem Heimgehen unserer lieben Entschlafenen sprechen wir allen, insbesondere Herrn Pastor Gieseking für die trostreichen Worte am Grabe, unsern

tieftgefühlten Dank
aus.
4554
Fritz Kalla
Familie Schütz-Frieling.
Massen und Kamen, im
Dezember 1922.

Schwache Nerven
sind Grundursachen der meisten Krankheiten. Bist du müde, nervös, hast du Kopfschmerzen, Herzklappen, Unruhe, Schlaflosigkeit, nervöse Magenbeschwerden, dann solltest du mit

Doppelherz
dem von Ärzten anerkannten Nervenmittel behandeln werden. Allein seit 1870. A. Schütz-Frieling

Ausgetümmtes Damen-Haar
kauft z. j. Preis
W. Steinmann,
Damen-Salon,
Bahnhofstr.

Husten, Atemnot, Verschleimung.
Stärke allen Leiden, die von der Kehle bis zum Brustkorb hinuntergehen, wenn sie sich nicht selbst besorgen. Nur das beste Mittel ist das

W. Althaus,
Bismarckstr. 135.
Schleifstr. 135.

1 Marmorplatten-Garnitur
zu verkaufen. 14
Bergstr. 45.
Mottelstr. 45.

Bekanntmachung.

Im Namen des Herrn Präsidenten des Landesfinanzamtes M. A. H. wird bekannt gemacht, daß die Erhebung der Umsatzsteuer vom 1. Januar 1923 ab sollte der Besitzer für den Bezirk des Finanzamtes Hamm (Stadt- und Landkreis Hamm) der Finanzkasse in Hamm, Ostentke 11. 6, übertragen worden ist.

Hamm (Westf.), den 2. Januar 1922.

M. A. H. H., Oberregierungsrat.

Die Kamener Zeitung

kostet, infolge der weiter gestiegenen Unkosten, für den Monat Januar 900 Mark.

Es steht auf 12 Städte erstreckt, in denen sich besonders Wasser- und Gasanlagensmangel bemerkbar macht.

In dem Munitionserzeugerwerk Kallisch bei Glogau explodierte eine Mine beim Durchschneiden unter Wasser. 2 Arbeiter wurden hierbei getötet.

Infolge der ungünstigen Nachrichten aus Ostasien verläutet, daß die britische Marine in der Ostsee zurückgezogen hat, wie der nach dem Orient zurückgezogene. Ähnlich ist nach nichts zu erwarten, es heißt aber, alle verfügbaren Schiffe würden in See gehen.

Der Reichsfinanzminister hat die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen benachrichtigt, daß die erbetenen Verhandlungen über die Neuordnung der Löhne und Gehälter der Staatsbediensteten am 8. Januar stattfinden sollen.

Ein Wiener Abendblatt berichtet, daß die Arbeitslosigkeit in Deutsch-Oesterreich wächst.

Nach den Londoner Zeitungen bereiten die türkischen Militärbehörden militärische Schritte in Kleinasien vor. Die Demobilisationsbefehle sollen zurückgezogen und die Truppen nach Mosul geschickt worden sein.

Sabas meldet aus Malta: Wie verlautet, wird der frühere türkische Sultan sich am 1. Januar an Bord eines englischen Kriegsschiffes nach Malta begeben.

Tschitscherin hat einen Aufruf an Amerika gerichtet, in dem er Amerika zur Zusammenarbeit mit Russland auffordert.

Aus San Salvador wird gemeldet, die Regierung habe eine von gewissen politischen Elementen verfaßte Aufrufbewegung in wenigen Stunden niedergeschlagen. Mehrere Einzelheiten liegen bis jetzt noch nicht vor.

Getreidepreise.

Dortmund, 30. Dez. Am Donnerstag wurden folgende Preise notiert: Znl. Weizen 16.000—16.500 Mark, inkl. Roggen 14.500 bis 15.000 Mark, inkl. Hafer 15.000—17.000 Mark, ausl. Hafer 17.000—18.000 Mark, inkl. Gerste 16.000—16.500 Mark, ausl. Gerste 16.500 bis 17.000 Mark, Weizenmais 16.000—17.000 Mark, runder Mais 16.500—17.000 Mark, Weizenmehl 24.000—27.000 Mark, Roggenmehl 20.000 bis 24.000 Mark, Weizenkleie 8.000—8.500 Mark. Bei anziehenden Devisenpreisen trat größere Nachfrage hervor. Das Geschäft war ziemlich lebhaft. Nächste Börse Donnerstag, den 4. Januar n. J.

Redaktionsbriefkasten.

Dortmund 190. Gipsfiguren titel man mit einer dünnen Schicht von Gips arabicum in Wasser, mit seinem Gips bis zur Breitenhälfte angerührt, oder man macht einen Brei von Wasser, Gips, gebranntem Kalk und Eiweiß.



Unserer werten Kundschaft, Freunden und Gönnern
zum neuen Jahre
die herzliche Glückwünsche
Gebr. Trümper,
Bedachungs-Geschäft.

Visitenkarten
in jeder Ausführung
hergestellt schnell und preiswert
Kamener Zeitung
Verstärkung 10

Maurer
für Innenaufbau gesucht.
Mork Hoffmann,
Baugeschäft
Beddinghofen

Verloren
eine Brieftasche (schwarz) mit Inhalt, von Kamenstraße bis Wernersstraße. Gegen hohe Belohnung abzugeben bei
Heinr. Haake,
Oberberg,
Pinnstr. 124.

Erdal
Marke Rolfrosch - Schuhpaste
Werner & Mertz A.-G. Mainz

Franken-Rundschau.

Das ist: auftreten eines westfälischen Reichsanwalts in England. In England sind die Frauen seit ungeschätzter Zeit aus der Ausbildung der Rechtsanwaltskandidaten ausgeschlossen.

dunt
 op d
 Die
 in m
 gues
 fanges
 met
 befest
 den
 24